

Planung der U-Bahn-Linie U5

Die Wahrheit über die Bürgerbeteiligung

Der Hamburger Senat hat die Hochbahn beauftragt, eine neue U-Bahn-Linie zu planen. Alle entscheidenden Informationen zu diesem Projekt werden bis heute geheimgehalten, andere Details nur teilweise und verharmlosend veröffentlicht. Für die existenziell von der Planung betroffenen Anwohner bedeutet dies seit Anfang 2016 ein anhaltendes Bedrohungsszenario, dass seit dem ersten sogenannten „Bürgerdialog“ der Hochbahn stetig zunimmt.

Ursprünglich war von der Hochbahn nur eine einzige Informationsveranstaltung am 19. September 2016 geplant. Ziel war es, in Ruhe die Vorentwurfsplanung der Station Hartzloh-Ost bis Anfang 2017 abzuschließen. Erst danach sollte es eine weitere sogenannte Bürgerbeteiligung geben. Die Hochbahn stellte früh klar, dass Bürgerbeteiligung keine Mitbestimmung bedeutet, die Bürger sollen sich im von der Hochbahn vorgegeben Rahmen bewegen.

Angesichts der erschreckenden Details der Planung kann und darf diese Vorgabe von den betroffenen Bürgern nicht akzeptiert werden. Nach wachsendem Widerstand und Gründung der *Bürgerinitiative für einen lebenswerten Hartzloh* sah sich die Hochbahn gezwungen, weitere Veranstaltungen zu planen um den Protest zu beruhigen. Mit Hilfe externer Berater wurden diese von bloßen Informationsveranstaltungen hin zu Beteiligungsfallen umgestaltet.

Ziel dabei ist es, das fehlende fachliche Detailwissen der Bürger auszunutzen, durch individuelle Gespräche mit Fachleuten eine Vereinzelnung des Wissensstands zu erreichen und kritische Fragen unbemerkt im kleinen Kreis verklingen zu lassen. Durch verniedlichende Darstellung des Bauvorhabens sollen die betroffenen Menschen ruhig gestellt werden, bis die rollenden Bagger die Realität schmerzhaft ins Bewusstsein rücken.

Wird bei einer Veranstaltung Protest laut, wie am 14. Dezember 2016, wird sofort eine weitere Veranstaltung angekündigt. Bleibt es eher ruhig wie am 18. Februar 2017, wird die Bürgerbeteiligung auf Eis gelegt. Dieses Spiel wird munter fortgesetzt. Erst nach einem offenen Brief an Projektverantwortliche und dem Versand unserer Petition an mehrere Entscheidungsträger war die Hochbahn wieder gesprächsbereit. Sofort wurde eine weitere Veranstaltung vor oder nach den Sommerferien versprochen, um eine „Tendenz“ in der Planung mitzuteilen. Damit, so die Hoffnung, würden die Wogen wieder geglättet und Zeit gewonnen. Intern wird derweil weiter an der Vorzugsvariante Hartzloh gearbeitet, allen Beteuerungen zum Trotz.

Politiker nutzen Hochbahn als Abschirmung gegen die Bürger

Erschreckend ist dabei die Erkenntnis: Die für die Planung Verantwortlichen aus der Politik sehen die Hochbahn als Puffer zwischen sich und den Betroffenen – jeder Gesprächswunsch wird abgewehrt und auf die Hochbahn verwiesen. Die Verantwortlichen der Hochbahn verweisen ihrerseits auf den Senat als Auftraggeber und wehren jede Diskussion ab. Es wird alles getan, um das Bekanntwerden von Planungsdetails zu verhindern. Im Zweifel wird der „noch zu frühe Planungsstand“ vorgeschoben.

BWVI: Das Bekanntwerden der Protokolle des Lenkungskreises der U5 wäre katastrophal

Versuche, mittels des Hamburger Transparenzgesetzes Planungsdetails und Hintergründe zu erfahren, werden seitens der zuständigen Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) und der Hochbahn systematisch verschleppt, mit Haarspaltereien oder absichtlichem Missverstehen falsch beantwortet, oder in letzter Hilflosigkeit mit dem Hinweis abgelehnt, dass ein Bekanntwerden der angefragten Details ein Scheitern des gesamten Projekts U5 zur Folge hätte.

Wir sind nicht naiv: Die gewissenlosen Partikularinteressen der regierenden Politiker von SPD und Grünen werden von diesen als „Allgemeinwohl“ bezeichnet, die Fürsorgepflicht gegenüber der Bevölkerung mit der Phrase „allgemeines Lebensrisiko“ entsorgt. Nur auf juristischem Wege ist es in dieser Stadt möglich, menschenfeindliche Planungen zu stoppen. Die Bürgerbeteiligung in Hamburg ist nur ein Feigenblatt und muss aus Sicht der Bürger als gescheitert angesehen werden – aus Sicht des Senats ebnet sie den Weg für wahnwitzige Projekte „unter frühzeitiger Einbeziehung der Bürger“.

